CATHAL MCNAUGHTON / GETTY IMAGES

NORDIRLAND

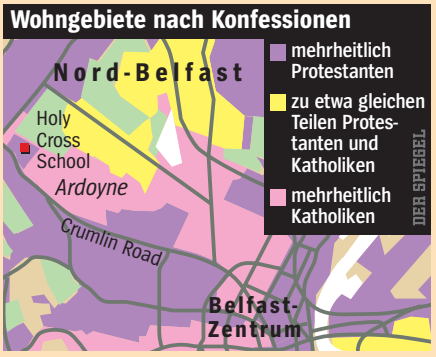
Protestanten in der Defensive

Aufruhr in Nord-Belfast (in der Nacht zum Freitag)

Kaum sind die Schulferien zu Ende, da fliegen auch schon wieder die Pflastersteine, Benzinbomben und Gummigeschosse. Vor mehreren Schulen und in den umliegenden Straßen des Belfaster Viertels Ardoyne im Norden der Stadt standen sich Protestanten und Katholiken vorige Woche erneut so militant gegenüber, als sei der Friedensprozess nur eine Erfindung der Politiker. Vor der katholischen Holy-Cross-Grundschule kam es zu einer heftigen Straßenschlacht, Autos gingen in Flammen auf. Schulratsvorsitzender Pater Aidan Troy stöhnte: „Es ist der reinste Bürgerkrieg.“ Obwohl die meisten Nordiren der Gewalt längst überdrüssig sind, fällt den verfeindeten

PETER MORRISON / AP

Polizeieinsatz gegen Randalierer



Bevölkerungsgruppen das Zusammenleben immer schwerer. Das wird nirgends deutlicher als im konfessionell stark durchmischten Nord-Belfast, wo beispielsweise an der Crumlin Road Protestanten die rechte Seite und Katholiken die linke Seite der Straße bewohnen. Dabei fühlen sich die Protestanten wie überall in Nordirland auch in Ardoyne unter Druck, weil sie weniger Kinder haben und politisch in der Defensive sind. Immer mehr Katholiken übernehmen in dem noch in den siebziger Jahren mehrheitlich protestantischen Stadtteil die Häuser wohlhabender Protestanten, die in sicherere Vororte flüchten. Mittlerweile stehen 7000 Katholiken nur noch 1000 Protestanten gegenüber, die sich einigeln und radikalisieren. Schon wurden bei den Krawallen vorige Woche militante Extremisten mit Walkie-Talkies gesichtet. „Wenn sie an der Oberfläche kratzen, sind die paramilitärischen Gruppen nie weit weg“, sagt der Belfaster Polizeichef Alan McQuillan. Eilig hat die nordirische Regierung den Protestanten nun mehr Sozialleistungen und bessere Wohnungen versprochen. Doch die wollen auch eigene Geschäfte haben, damit sie nicht mehr bei katholischen Händlern einkaufen müssen.

KANADA

Hilfe vom großen Bruder

Im Kampf um eine politisch prestigeträchtige Beteiligung am internationalen Militäreinsatz in Afghanistan muss sich die Regierung in Ottawa mit einem Teilerfolg zufrieden geben. Mit strahlendem Gesicht verkündete Verteidigungsminister Art Eggleton vorige Woche die Entsendung von 750 kanadischen Soldaten nach Kandahar, um die US-Bodentruppen beim Aufspüren von Taliban und al-Qaida-Kämpfern zu unterstützen. Nie zuvor hätte Washington ein solch bilaterales „Ersuchen“ an einen Alliierten gerichtet, brüstete sich der Minister: „Und sie fragten zuerst bei Kanada an.“ Tatsächlich jedoch hat seine Regierung vor dem Hintergrund der langen kanadischen Blauhelm-Tradition offenbar zunächst bei den Europäern auf eine Beteiligung an der internationalen Schutztruppe gedrängt – und war auf wenig Gegenliebe gestoßen. Bereits Mitte November hatte der liberale Ministerpräsident Jean Chrétien die Bereitstellung eines kompletten Bataillons für Afghanistan angeordnet. Am 20. Dezember offerierte er den kommandoführenden Briten erneut tausend Mann Infanterie – doch die wollten höchstens ein paar Pioniere. Dass die Kanadier auf einen positiveren Bescheid warteten, während gut ein Dutzend andere Nationen als Teilnehmer an der Friedensmission bereits feststanden, brachte der Regierung im eigenen Land viel Häme und ätzende Kritik ein, etwa an der mangelnden Kampfkraft und der veralteten Ausrüstung der eigenen Truppe. Die Ehrenrettung durch den großen Bruder USA beendet die innenpolitische Debatte allerdings nicht. Der angesehene Ex-Außenminister Lloyd Axworthy fürchtet nun, dass eine allzu willfährige Anpassung Kanadas an die US-Sicherheitspolitik die politische Bewegungsfreiheit seines Landes einschränkt: „Der Test wird sein, wie hoch wir springen.“